

Beschluss der Europaministerkonferenz vom 18. Juni 2020

Stärkung der Europabildung zur Förderung der Europakompetenz von Kindern und Jugendlichen

Berichterstatter: Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz stellen fest, dass junge Menschen durch die Europäische Union Möglichkeiten haben wie kaum eine Generation zuvor. Sie möchten ihre Zukunft aktiv mitgestalten und ihre Ideen mit anderen jungen Menschen teilen. Eine bürgernahe und zielgruppenorientierte Europapolitik muss ihnen deshalb eine Stimme geben und sie aktiv an Diskussionen und – wo immer möglich – an Entscheidungen über die Zukunft der Europäischen Union beteiligen. Umso wichtiger ist es, allen Kindern und Jugendlichen den Erwerb der notwendigen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten über Prozesse, Funktionsweise und Themen der Europäischen Union zu ermöglichen. Europabildung muss sich dabei an den Bedürfnissen von jungen Menschen orientieren – sie müssen mit Bildungsangeboten zu europäischen Themen in ihrer eigenen Lebenswelt angesprochen und abgeholt werden. Neben der Schule geschieht dies vor allem auch im Rahmen der informellen Bildungsarbeit an Orten, wo sie sich begegnen oder ihre Freizeit verbringen.
2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz betonen, dass Europabildung nicht nur die politische und institutionelle Dimension der Europäischen Union beschreibt, sondern auch das individuelle und kollektive Erfahren und Ausbilden einer europäischen Identität und einer mündigen Bürgerschaft sowie die Kompetenzentwicklung zur Teilhabe umfassen sollte. Dazu gehört auch nach den zentralen Prinzipien der Demokratiebildung eine kritische und kontroverse Auseinandersetzung mit europäischen Themen. Europabildung darf nicht nur ein kognitives Lernkonzept sein, sondern sollte aus vielen, multidimensionalen Lern-

und Lebenserfahrungen bestehen, die so gesellschaftliches Zusammenwachsen und verantwortliches Handeln ermöglichen.

3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sind der Auffassung, dass die Inhalte der Europabildung Kinder und Jugendliche zur Teilhabe am demokratischen und europapolitischen Willensbildungsprozess befähigen und daher in allen Schulstufen in allgemeinen und beruflichen Bildungsgängen vermittelt werden sollen. Deshalb würdigen die Mitglieder der Europaministerkonferenz die Bemühungen der Kultusministerkonferenz, für alle Schulstufen, -formen und -arten mit Lern- und Unterrichtsinhalten adäquate Ansätze zur Verfügung zu stellen, die der Heterogenität der Lernenden Rechnung tragen und in diesem Sinne inklusiv sind. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz begrüßen außerdem, dass Europabildung im Fachunterricht durch einschlägige Aktivitäten wie Planspiele, Projekttag, Wettbewerbe, Schulpartnerschaften und Austausch ergänzt wird. Der persönliche Kontakt zu Personen mit Fachexpertise zu Europathemen und der Besuch von politischen Institutionen können das Verständnis für politische Zusammenhänge und Verfahren fördern. Ein Austausch mit Experten kann z.B. im Rahmen der Europawoche erfolgen. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz werden weiterhin für eine rege Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Landes-, Bundes- und europäischen Politik für die Teilnahme am jährlichen EU-Projekttag oder ähnlichen Formaten der Schulen werben.
4. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz betonen, dass Europabildung im Unterricht als Querschnittsthema behandelt werden soll und befürworten, dass Kindern und Jugendlichen im schulischen Kontext sowohl individuelle Bezugspunkte zur Europäischen Union, ihren Handlungsfeldern als auch die internationale Dimension der EU-Politiken in ihrer eigenen Lebenswirklichkeit aufgezeigt werden. Durch die so vermittelte Verknüpfung des direkten Wirksamwerdens der Europäischen Union mit dem eigenen Umfeld kann die europäische Integration subjektiv spürbar gemacht werden.
5. Schulen sind die wichtigsten Multiplikatoren der Europabildung. Ihre Lehrkräfte benötigen einen niedrighwelligen Zugang zu geeigneten, hochwertigen Materialien und Methoden der Wissens- und Kompetenzvermittlung. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz unterstützen den Ansatz der Mitglieder der Kultusministerkonferenz, Europabildung in der Ausbildung von Lehrkräften zu verankern und betonen die Notwendigkeit, ihnen entsprechende didaktische Kompetenzen für den schulischen Unterricht zu vermitteln. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz fordern daher ergänzend zu den Maßnahmen der Mitgliedstaaten von den Europäischen Institutionen eine stärkere finanzielle

Unterstützung für die Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien, Planspielen und sonstigen Bildungsformaten und regen einen bedarfsgerechten Ausbau des Angebots an.

6. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten angesichts der voranschreitenden Digitalisierung im Bildungsbereich die EU-Kommission, ein zentrales Online-Portal einzurichten, das bei der Recherche nach Methodik, Formaten und Unterrichtsmaterialien zur Europäischen Union in deutscher Sprache unterstützt und eine Übersicht über die Institutionen enthält, die Angebote der Europabildung bereithalten. Perspektivisch sollen so bereits bestehende Angebote zu einem breiten Spektrum an Methoden und Materialien gebündelt und sowohl Lehrbücher, Schaubilder und Arbeitsblätter, aber auch Podcasts und Tutorials jederzeit und überall abrufbar bereitgestellt werden. Die Qualitätssicherung der eingestellten Materialien muss gewährleistet sein.
7. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sprechen sich dafür aus, den Lehrkräften weitere Fortbildungsangebote im Bereich der Europabildung zu unterbreiten, die europäische Dimension wo möglich auch in fachspezifische Fortbildungsangebote zu integrieren und den Fortbildungsbedarf im Bereich des non-formalen Lernens und der digitalen Kommunikation in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus bitten die Mitglieder der Europaministerkonferenz insbesondere die EU-Kommission, aber auch die übrigen Europäischen Institutionen, sich neben der Bereitstellung von Materialien – ergänzend zu den Angeboten der Mitgliedstaaten – auch mit eigenen Fortbildungsveranstaltungen am Angebot für Lehrkräfte zu beteiligen, die Voraussetzungen für eine Anerkennung der Fortbildungen mit den Ländern abzustimmen, die Budgets für die Reisekostenerstattung entsprechend auszustatten und die für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften zuständigen Stellen sowie Aus- und Fortbildungseinrichtungen zu unterstützen.
8. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz begrüßen es, dass Schulen aller Schulformen, -stufen und -arten mit verschiedenen Anreizen motiviert werden, ihr europäisches Profil weiter zu entwickeln. Einige Länder zertifizieren Schulen zum Beispiel mit dem Siegel „Europaschule“ oder „Partnerschule für Europa“, mit dem zumeist verschiedene Unterstützungsangebote verbunden sind. Die Anforderungen an die Zertifizierung „Europaschule“ oder an ähnliche Zertifikate sollten daher nach länderspezifisch festgelegten Zertifizierungszielen für alle Schulen offen und flexibel gestaltet sein.

9. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz würdigen die Aktivitäten der in der Europabildung tätigen Initiativen wie beispielsweise Modell Europa Parlament (MEP), das Europäische Jugendparlament, e-twinning, Portal Globales Lernen, die Botschafterschulen des Europäischen Parlaments und weitere. Initiativen dieser Art sollten auch weiterhin von den Europäischen Institutionen, dem Bund und den Ländern unterstützt werden. Das Europäische Parlament etwa hat im Jahr 2019 den „Jan-Amos-Comenius-Preis für hervorragenden Unterricht über die Europäische Union“ in jedem Mitgliedstaat neu eingeführt.
10. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz erkennen an, dass Europabildung nicht nur in der Schule stattfindet. Besonders mit Blick auf das lebenslange Lernen sind außerschulische Orte und Bildungsangebote für den dauerhaften Lernerfolg relevant. Kinder und Jugendliche sollten daher bereits innerhalb ihrer Schulbiografie außerschulische Bildungsangebote unterschiedlicher Träger, wie z.B. der EUROPE DIRECT Informationszentren (EDIC), der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, von Vereinen oder anderen anerkannten Bildungsträgern kennenlernen. Auch im außerschulischen Bereich gibt es zahlreiche Möglichkeiten, alternative Formate zur Wissens- und Kompetenzvermittlung einzusetzen und externe Expertinnen und Experten einzubinden. Es bieten sich beispielsweise Kooperationen mit Vereinen, Theatern, Kommunen und Akteuren der offenen Jugendarbeit an, um über gemeinsame Projekte auch europapolitisches Wissen zu vermitteln. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sprechen sich daher dafür aus, weiterhin in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Kultusministerkonferenz geeignete Angebote von außerschulischen Trägern, thematische Veranstaltungen und Instrumente sowie Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen noch besser bekannt zu machen.
11. Europabildung findet nicht nur im formalen Kontext statt. Besonders im nonformalen und informellen Lernen, sei es z.B. über Austausch, Begegnungen, Solidaritätsprojekte, wird Europa besonders für junge Menschen erfahrbar und erlebbar und das Bewusstsein für eine europäische Identität gestärkt. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz setzen sich deshalb dafür ein, dass diese Lernformen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene gestärkt werden. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz regen außerdem einen Austausch mit der EU-Kommission darüber an, wie sich die Chancen und Anregungen, die sich durch die Umsetzung der EU-Jugendstrategie mit ihren drei Säulen Beteiligen (Engage) – Begegnen (Connect) – Befähigen (Empower) ergeben, aktiv von den Ländern und Kommunen im Feld der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit nutzen lassen können.

12. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sprechen sich dafür aus, den Austausch unter Akteuren der Europabildung weiter zu stärken. Klassische Formate wie Diskussionsveranstaltungen und Multiplikatorentreffen sollten verstärkt um kreative Ansätze wie interaktive Workshops, ungewöhnliche Umgebungen und Formate mit künstlerischen Elementen (Storytelling, Musik, Tanz, Theater etc.), digitale und virtuelle Angebote, Themenbesuche vor Ort oder weitere kulturelle Angebote ergänzt werden. Solche Angebote sollten von der EU-Kommission, dem Bund und den Ländern unterstützt werden.

13. Die EU-Programme Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps (ESK) sind von zentraler Bedeutung für die Förderung der Mobilität zu Lernzwecken und der transnationalen Zusammenarbeit. Ab 2021 sollen die Programme inklusiver ausgerichtet sein und flexibler junge Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten und speziellen Bedarfen einbeziehen. Angesichts der Erfahrungen der Corona-Pandemie würdigen die Mitglieder der Europaministerkonferenz den Aktionsplan der EU-Kommission für digitale Bildung und regen an, verstärkt auch digitale Projekte zu initiieren, um Kontakte zu etablieren und Austausch zu ermöglichen. Vorbehaltlich der Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmen war ab 2021 eine Verdopplung der Programmmittel für Erasmus+ auf 30 Mrd. Euro vorgesehen. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz stellen fest, dass der neue Vorschlag der EU-Kommission trotz der geänderten Haushaltslage aufgrund der Bewältigung der Covid-19-Pandemie und ihrer Folgen eine Erhöhung der Mittel für Erasmus+ vorsieht und auch die Mittel für das ESK verstärkt werden. Gleichzeitig bedauern sie, dass beide Ansätze hinter der ursprünglich geplanten Erhöhung zurückbleiben. Sie bitten die Bundesregierung, sich in den weiteren Verhandlungen dafür einzusetzen, dass es zu keinen weiteren Kürzungen am Budget für Erasmus+ kommt. Darüber hinaus sprechen sie sich dafür aus, die Verwaltungs-, Antrags- und Berichtsverfahren zu vereinfachen sowie anwenderfreundlich und praktikabel zu gestalten. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten die Bundesregierung, sich hierfür einzusetzen. Damit die Programme flächendeckend effektiver genutzt und voll ausgeschöpft werden können, müssen potenzielle Antragstellerinnen und Antragsteller frühzeitig informiert und beraten werden. Neben den nationalen Agenturen sind hierfür auch Anstrengungen auf lokaler und regionaler Ebene notwendig. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten die Mitglieder der Kultusministerkonferenz und der Jugend- und Familienministerkonferenz um eine Prüfung geeigneter Umsetzungsmöglichkeiten. Ziel ist es, möglichst vielen jungen Menschen die Teilhabe an zahlreichen Projekten zu ermöglichen und dabei der Heterogenität der Lernenden Rechnung zu tragen.